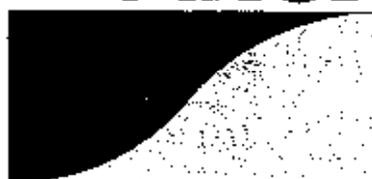


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 046 ppbn d



Inhalt

Karl Weinhofer MdB belegt, daß die Pharmaindustrie die Ausgrenzung der Bagatellarzneimittel zu ihren Gunsten genutzt hat. Seite 1

Siegfried Bleicher, Geschäftsführendes DGB-Vorstandsmitglied, erläutert, welche organisationspolitischen Konsequenzen sich für die Gewerkschaften aus der 3. industriellen Revolution ergeben. Seite 3

Anke Martiny MdB will wissen, wann neue Verpackungsformen für den Wein mit Haltbarkeitsdaten versehen werden. Seite 6

39. Jahrgang / 32

14. Februar 1984

Prognose bitter bestätigt

Die Pharmakonzerne haben wieder zugelangt

Von Karl Weinhofer MdB
Mitglied des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung
des Deutschen Bundestages

Selten hat sich eine sozialdemokratische Prognose so bitter bestätigt wie in diesen Tagen. Immer wieder hatten wir darauf hingewiesen, daß eine wirkliche Kostendämpfung im Gesundheitswesen nicht nur bei der Seite der Versicherten anzusetzen hat, sondern auch wirksame Maßnahmen ergriffen werden müssen, um der ungehemmten Preisexplosion auf dem Arzneimittelmarkt durch die Pharmakonzerne entgegenwirken zu können. Dies wurde aber bedauerlicherweise in den Zeiten der sozialliberalen Koalition von der FDP aus einer falsch verstandenen Interessenvertretungspolitik immer wieder verhindert.

Nun haben wir das traurige Resultat. Die Ausgrenzung sogenannter Bagatellarzneimittel aus der Leistungspflicht sowie die Erhöhung der Rezeptblattgebühr hätten normalerweise zu Einsparungen der Krankenkassen in Höhe von etwa 525 Millionen DM im Jahre 1983 geführt. Das wäre mit 3,6 Prozent durchaus ein erster Schritt in Richtung wirksamer Kostendämpfung gewesen. Diese Einsparung auf Kosten der Beitragspflichtigen ist aber nicht - wie geplant - den Krankenkassen zugute gekommen, sondern - mit einem nochmaligen Aufschlag - in die Taschen der Pharmakonzerne ge-

Verlag:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 2

Printed in Germany
by Westdeutscher Rundfunk
AG - Köln - Bonn



wandert. Diese haben sich nämlich "erlaubt", im gleichen Zeitraum die Arzneimittelpreise um 5,9 Prozent zu erhöhen.

Dies kann auch deshalb nur als schlichtweg unverfroren bezeichnet werden, weil die normale Preissteigerungsrate 1983 immerhin auf etwa drei Prozent zurückging. Man hat sich also gleich zweifach bedient - bei den Versicherten und bei den Krankenkassen. Statt der erhofften Kostenreduzierung um die genannten 3,6 Prozent hatten diese nämlich nun eine Ausgabensteigerung um 5,6 Prozent zu verzeichnen.

Dieses Possenspiel "sozialer" Marktwirtschaft ist so natürlich noch nicht komplett. Da fehlt jetzt nur noch der besorgte Koalitionspolitiker aus CDU/CSU oder FDP, der die neuerliche "Kostenexplosion" bei den Krankenkassen beklagt und eine stärkere Selbstbeteiligung der Versicherten oder Abstriche bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall fordert. Herr Blüm liegt schon genau auf dieser Linie, wenn er den Arbeitnehmern großzügig "erlauben" will, auf einen Teil ihres Urlaubs zu verzichten, wenn sie die ihnen schon aufgebürdete Selbstbeteiligung bei den Kurkosten vermeiden wollen.

Wir Sozialdemokraten sehen uns durch diese Entwicklung allerdings in ganz anderer Hinsicht bestätigt. Mit den Spitzenverbänden der gesetzlichen Krankenversicherungen fordern wir die Bundesregierung auf, statt all dieser unwirksamen Kosmetik endlich Regelungen zur Verhinderung unkontrollierter Preissteigerungen für Arzneimittel zu ergreifen.

(-/14.2.1984/va/bgy)

+ + +



Auch die Organisationspolitik ist gefordert

Gewerkschaftliche Folgen der 3. industriellen Revolution

Von Siegfried Bleicher

Geschäftsführendes DGB-Vorstandsmitglied

Die Auswirkungen der jetzt unmittelbar bevorstehenden Rationalisierungsrunde gerade im Angestelltenbereich sind nicht zu vergleichen mit den Problemen, die wir bisher hatten. An unseren Kampf um sichere und humanere Arbeitsplätze werden neue und verschärfte Anforderungen gestellt. Die Unternehmer standen im Prozeß der betrieblichen und gesellschaftlichen Rationalisierung in der Regel immer auf die Seite die Gewinner. Es wachsen ihnen heute jedoch mit den neuen elektronischen Systemen Rationalisierungspotentiale und Kontrollinstrumente zu, gegen die sich die hart erkämpften Mitwirkungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten der Arbeitnehmer geradezu kümmerlich ausnehmen. Es werden heute die Weichen gestellt für tiefgreifende gesellschaftliche Umstrukturierungen der Zukunft. Wir wissen: Wenn diese Entwicklungen ohne uns laufen, wenn wir sie nicht an unseren Zielen der Sicherung und Humanisierung von Arbeitsplätzen ausrichten können, dann laufen sie gegen uns. Daher brauchen wir eine entscheidende Ausweitung unserer Mitbestimmungsmöglichkeiten bei derart weitreichenden technischen Entwicklungen.

Auch für die konkrete gewerkschaftliche Arbeit hat das weitreichende Folgen. Besonders deutlich wird das, wenn wir uns näher mit einigen organisationspolitischen Fragen beschäftigen. Die Unternehmen haben den Büro- und Verwaltungsbereich zu einem Operationsfeld ihrer Rationalisierungsoffensive auserkoren. Bekanntlich sind hier überwiegend Angestellte beschäftigt. Ein Blick auf unsere Mitgliederstatistik verdeutlicht wohl jedem, daß wir hier zu einem besseren Organisationsgrad kommen müssen, sollen gravierende Einschnitte in den sozialen Besitzstand - ich betone aller Arbeitnehmer - verhindert werden. In den Industriegewerkschaften und Gewerkschaften des DGB sind zur Zeit knapp 18 Prozent aller Angestellten organisiert. Also nicht einmal jeder Fünfte. Vor diesem Hintergrund wurde das Arbeitsprogramm "Angestelltenpolitik des DGB in den 80er Jahren" im Bundes-Angestelltenausschuß des DGB diskutiert und im Herbst '82 verabschiedet. Da wir der Realisierung dieses Arbeitsprogramms eine große Bedeutung beimessen, wurde eine Bestandsaufnahme vorgenommen: Dabei mußten wir feststellen, daß die inhaltliche und organisatorische Ausrichtung unserer Aktivitäten über weite Strecken nicht den Erfordernissen der 80er Jahre entspricht. Das gilt im besonderen Maße für unsere Kreis-Angestelltenausschüsse. Neben einer Reihe durchaus positiver Ansätze stellten wir jedoch sehr häufig fest, daß wir noch sehr viel systematischer an die uns bewegenden Fragen und Probleme herangehen müssen. Denn nur wenn wir in der Lage sind, unsere Forderungen und Vorstellungen den noch nicht Organisierten glaubhaft darzustellen, werden wir sie dazu bewegen können, sich mit unseren Aussagen zu befassen. Hierzu benötigen wir eine funktionierende Organisationsstruktur.

1. Der technische Wandel vollzieht sich in allen Wirtschaftssektoren. Er macht nicht vor einzelnen Branchen halt. Dies gilt im besonderen für den Angestelltenbereich. Personalinformations-, Textverarbeitungssysteme und anderes mehr sind weitgehend universell einsetzbar. Ich ziehe daraus den Schluß, daß wir als DGB mehr als bisher unserer Koordinationsaufgabe nachkommen müssen. Gerade auf örtlicher und regionaler Ebene kommt es darauf an, betriebliche Erfahrungen mit Rationalisierungsprozessen und Erfolge oder Mißerfolge bei der betrieblichen Interessenvertretung transparent zu machen. Das heißt, den überbetrieblichen und branchenübergreifenden Erfahrungsaustausch im Rahmen einer systematischen gewerkschaftlichen Arbeit zu verbessern. Durch diese Herangehensweise können wir sicherlich zu einer Stärkung unserer Organi-



sationsstrukturen kommen. Gleichzeitig ergeben sich fruchtbare Rückkoppelungseffekte für die betriebliche Arbeit. Der DGB beabsichtigt nicht, die Aufgaben der Mitgliedsgewerkschaften in den Betrieben zu übernehmen. Das können und wollen wir garnicht. Wir beabsichtigen jedoch, mit dazu beizutragen, gemeinsame Forderungen auf breiter Ebene im Bewußtsein der Arbeitnehmer zu verankern und damit eine bessere Basis für die Durchsetzung zu schaffen.

2. Die sozialen Gefahren, die die neuen Technologien für Arbeitsplätze, Qualifikationen, Gesundheit und Lebensqualität der Arbeitnehmer mit sich bringen, werden zweifellos nicht allein durch eine engagierte betriebliche Interessenwahrnehmung gelöst werden können. Andererseits wird es unter keinen Umständen ausreichen, die Bewältigung der auf uns zukommenden Probleme allein im überbetrieblichen, gesellschaftspolitischen Raum in Angriff zu nehmen. Eine unserer Hauptaufgaben wird es daher sein, beide Ebenen der gewerkschaftlichen Interessenvertretung enger aufeinander abzustimmen und zu verknüpfen. Dies kann nun nicht bedeuten, daß die Betriebs- und Personalräte in ihren Bereichen für die betrieblichen Belange der Arbeitnehmer zuständig sind und die hauptamtlichen gewerkschaftlichen Funktionsträger die sogenannte große Politik gegenüber Parlamenten, Parteien und Verbänden betreiben. Ich halte es für eine notwendige Voraussetzung, daß sich alle unsere hauptamtlichen Funktionäre auf allen Ebenen noch stärker als in der Vergangenheit den betrieblichen Problemen stellen müssen und ihre Aktivitäten noch verbindlicher an den konkreten betrieblichen Problemen und Anforderungen ausrichten müssen. Umgekehrt halte ich es für ebenso dringlich geboten, daß Betriebs- oder Personalräte und Vertrauensleute über die betriebliche Interessenvertretung hinaus sich noch engagierter mit den gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Zielsetzungen des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften auseinandersetzen. Das bedeutet, daß im überbetrieblichen Bereich auf örtlicher und regionaler Ebene mit der konkreten Umsetzung gewerkschaftlicher Reformstrategien zur Verbesserung der Lebensqualität in kommunal- und regionalpolitischen Bereichen begonnen wird. Beide von mir genannten Schritte, sowohl eine starke Betriebsorientierung der DGB-Aktivitäten als auch eine stärkere Einbeziehung betrieblicher Interessenvertretungen bei überbetrieblichen Aktivitäten im örtlichen und regionalen Raum, sind die organisatorische Grundvoraussetzung, um angemessen auf die in der Zukunft zu bewältigenden Aufgaben reagieren zu können.
3. Wenn wir unserer Forderung nach einem an sozialen Gesichtspunkten orientierten Technikeinsatz, nach qualitativem Wirtschaftswachstum, nach einer beschäftigungspolitisch sinnvollen Strukturpolitik Nachdruck verleihen und in unsere konkrete Gewerkschaftspolitik einbetten wollen, dann heißt das auch, daß wir diese Forderungen den jeweiligen realen örtlichen und regionalen Verhältnissen anpassen müssen. Hierbei sind wir insbesondere auf die Sachkompetenz der bei uns organisierten qualifizierten Angestellten, also der Techniker, Ingenieure, Naturwissenschaftler und Ökonomen angewiesen. Es muß uns gelingen, diese Kolleginnen und Kollegen - die ja nicht alle Mitglied nur einer Industriegewerkschaft oder Gewerkschaft sind - in die tagtägliche Gewerkschaftsarbeit vor Ort einzubeziehen. Hier bieten sich im Rahmen der DGB-Kreis-Angestelltenausschuß-Aktivitäten zahlreiche Möglichkeiten.
4. Es ist in Zukunft für uns entscheidend, schon im Vorfeld des Einsatzes neuer Technologien systematisch Alternativen zu entwickeln. Angesichts der vorhin aufgezeigten Rationalisierungstendenzen bei der EDV-Vernetzung sind wir auch hier auf unsere sachkompetenten Kolleginnen und Kollegen angewiesen. Auch unsere an die Software-Ergonomie und Arbeitsorganisation gerichteten Forderungen werden wir auf breiter Ebene nur umsetzen können, wenn es uns gelingt, unser Potential des Sachverständes voll zu nutzen. Wie fruchtbar dies für die betrieblichen und überbetrieblichen Ebenen sein kann, zeigen beispielsweise die Erfahrungen der IG Metall-Arbeitskreise für Techniker, Ingenieure und Naturwissenschaftler.



5. Unabdingbar ist es auch, daß wir die verschiedenen gewerkschaftlichen Handlungsfelder enger aufeinander abstimmen. Gewerkschaftliche Angestelltenarbeit und gewerkschaftliche Technologiepolitik müssen sich gegenseitig ergänzen. Für unsere Kolleginnen und Kollegen muß deutlich werden, daß unsere programmatischen Aussagen zu einzelnen gesellschaftlich zu lösenden Aufgaben Bestandteile einer umfassenden Gewerkschaftspolitik zur Sicherung und zum Ausbau des sozialen Besitzstandes der Arbeitnehmer sind. Die Sicherung des Rechts auf Arbeit, die Humanisierung der Arbeitswelt, die Ausweitung der Mitbestimmung sind die Eckpfeiler, an denen sich unsere konkrete Arbeit orientieren muß.

Die von mir genannten Punkte berühren im wesentlichen organisationspolitische Fragen. Das Problem, mit dem wir konfrontiert sind, liegt in der inhaltlichen Ausfüllung der von uns formulierten Aussagen. Zunächst brauchen wir hier eine breite gewerkschaftliche Diskussion. Wer sich einmal die Veranstaltungskalender der unterschiedlichsten Ebenen des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften anschaut, wird feststellen, daß der Einsatz neuer Technologien zu einem Schwerpunkt unserer innergewerkschaftlichen Auseinandersetzung geworden ist. Auch die letzten Gewerkschaftstage wurden durch entsprechende Diskussionen geprägt. Die von uns bis in die 70er Jahre hinein vertretenen technologiepolitischen Positionen befinden sich ganz offensichtlich im Wandel. Die heute vertretenen Auffassungen decken die gesamte Bandbreite möglicher Sichtweisen zum technischen Wandel ab. Ich halte es in diesem Zusammenhang für außerordentlich wichtig, daß wir unsere Diskussionen vor allem im DGB an sachlichen Kriterien messen. Angesichts der oft noch sehr unreflektierten Übernahme bestimmter Positionen einiger unserer Kollegen und Kolleginnen sehe ich hierin eine vordringliche Aufgabe. Es darf einfach nicht dazu kommen, daß wir in einen - uns sicherlich lähmenden - Streit über grundsätzliche Fragen der Technikentwicklung geraten. Als DGB sind wir dazu aufgerufen, eine gemeinsame - von allen Mitgliedsgewerkschaften tragbare - Haltung zum technischen Wandel zu erarbeiten und zu vertreten. (-/14.2.1984/ks/va)

+ + +



Wein aus der Tüte?

Neue Verpackungsformen erfordern neue Kennzeichnung

Von Anke Martiny MdB

Für den Weingenießer sind sie fast ein Sakrileg, die neuen sogenannten "bag-in-box"-Verpackungen von Landwein beziehungsweise Tafelwein. Aber bei den großen Mengen von qualitativ nicht so hochwertigem Wein, der in den letzten Jahrhundertsommern auch in deutschen Landen anfiel, werden wir uns wohl an sie gewöhnen müssen, an die quadratischen Pappkartons mit dem Plastikschauch, gefüllt mit Wein, im inneren.

Nun ist der bewußte Verbraucher gerade dabei, die Kennzeichnungsrichtlinie, die die Angabe des Mindesthaltbarkeitsdatums als Teil der Etikettierung vorschreibt, mit in die Kaufentscheidung einzubeziehen. Nach dieser Richtlinie, die seit Ende Dezember gilt, ist die Angabe des Mindesthaltbarkeitsdatums bei Wein aber nicht erforderlich. Man ging - Gesetzesmühlen mahlen langsam - davon aus, daß Wein nicht zu den schnell verderblichen Lebensmitteln gehört.

Erfahrungen haben aber gezeigt, daß sich Wein in Kartonverpackungen nur etwa drei Monate hält. Wie mir der Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit in diesen Tagen auf meine Anfrage mitteilte, wird derzeit noch geprüft, ob sich durch die Verwendung neuer Verpackungsformen die Haltbarkeit gegenüber den traditionellen Verpackungen nachteilig verändert. Auf jeden Fall werde man, wenn sich die Erkenntnisse über die kürzere Haltbarkeit des in Kartonverpackungen abgefüllten Landweins und Tafelweins bestätigen sollten, im Interesse des Verbraucherschutzes eine weitere Kennzeichnung, das heißt eine Angabe des Mindesthaltbarkeitsdatums herbeiführen.

Das kann dauern! Bleibt nur zu hoffen, daß die Weinwirtschaft bei ihren Bemühungen, für diese neue Verpackung von Wein neue Käuferschichten zu finden, den kleinen Extra-Service für den Verbraucher nicht vergißt: das Mindesthaltbarkeitsdatum nämlich. So mancher frisch gewonnene Karton-Wein-Kunde wird sich sonst mit Grausen von dieser neuen Verpackungsform abwenden.

(-/14.2.1984/ks/va)

+ + +

